XI.

Die Thätigkeit der Ansiedelungskommission für die Provinzen Westpreußen und Posen im Jahre 1896.

Auf Grund der an den Landtag der preussischen Monarchie eingereichten Denkschrift zusammengestellt von Dr. W. Schultze.

Im zweiten Halbband des Jahrganges 1896 dieser Jahrbücher hatten wir über die Thätigkeit der Ansiedelungskommission für die Provinzen Westpreußen und Posen während der Zeit seit Beginn ihres Bestehens bis ultimo 1895 berichtet. Die Thätigkeit genannter Kommission während des Jahres 1896 sollen nachfolgende Zeilen schildern.

Im Jahre 1896 sind der Kommission zum freihändigen Ankaufe 81 Güter und 27 bäuerliche Grundstücke angeboten worden und zwar 25 Güter und 18 Bauernwirtschaften aus polnischer und 56 Güter und 9 Bauernwirtschaften aus deutscher Hand. Als für die Ansiedelungszwecke geeignet wurden 7 größere Güter in der Größe von zusammen 3519,85 ha im Wege des freihändigen Ankaufs erworben, so daß innerhalb der verfloßenen zehn Jahre, während welcher die Ansiedelungskommission in Thätigkeit ist, im ganzen 148 Güter mit einem Areal von 91 331 ha und einem Grundsteuerreinertrage von 781 087,04 M. angekauft sind. Bauernwirtschaften wurden im Jahre 1896 nicht erworben. Somit beträgt unter Hinzurechnung des in den Vorjahren angekauften bäuerlichen Areals das Gesamtareal, welches bis Ende 1896 durch die Ansiedelungskommission gekauft ist, 92 724 ha mit einem Grundsteuerreinertrage von 796 063,16 M. In Händen der Ansiedelungskommission befinden sich demnach vom Gesamtareal der Provinz Posen 2,33 und von der Provinz Westpreußen 0,99 Proz., von beiden Provinzen zusammen 1,70 Proz.

Von den 7 im Jahre 1896 erworbenen Gütern kamen 3 aus polnischer und 4 aus deutscher Hand.

An Kaufgeldern wurden 1896 2 282 610 M. aufgewendet, so daß von 1886 bis 1896 insgesamt 56 159 196,87 M. für Landerwerb ausgegeben sind. Im Jahre 1896 stellte sich der gezahlte Erwerbspreis für 1 ha auf rund 648 M., während der Durchschnittspreis für sämtliche erworbenen Liegenschaften sich nur auf 606 M. für 1 ha beläuft. Die angelegten Preise schwankten zwischen dem 51fachen und dem 94fachen Grundsteuerreinertrage.

Der Stand der Besiedelung auf den sämtlichen erworbenen Liegenschaften war nun Ende 1896 folgender:

Der planmäßigen Aufteilung sind bis Ende 1896 66 065 ha unterworfen worden. Gegen Ende 1895 ist also ein Fortschritt von 7210 ha zu verzeichnen. Rechnet man hierzu die ohne besonderen Besiedelungsplan, wie die erworbenen Bauerngüter, vergebenen Grundstücke in der Größe von 1045 ha, ferner 5 neue Besiedelungspläne von Gütern, welche im Frühjahr 1897 zur Auslegung kommen sollten, mit 3239 ha, so hat die zur Auslegung gestellte Fläche am 1. April 1897 70 349 ha oder 77 Proz. der Gesamterwerbung umfasst. Demnach bleiben in der Vorbereitungsperiode vor dem Besiedelungsvorgang 23 Proz. des Gesamtgrunderwerbs.

Die planmäßige Aufteilung jener 66 065 ha hat auf Grund von 110 Besiedelungsplänen stattgefunden. Die Feststellung der fiskalischen Schadloshaltung ist in diesen Teilungsplänen derartig erfolgt, dass von den ermittelten Anrechnungswerten entrichtet werden:

3	Proz. in 76 Fällen,	2 1/4	Proz. in 3 Fällen,
2 3/4	" " 1 Falle,	2	" " 17 "
2 1/2	" " 18 Fällen,	1 1/4	" " 1 Falle.

Von den im Jahre 1896 aufgeteilten Gütern sind 9 mit 3 Proz. und nur eins mit 2 1/2 Proz. Rente, bzw. Pachtschilling, von den Anrechnungswerten des Grund und Bodens belastet.

Planmäßig ausgelegte Ansiedlerstellen unter Berücksichtigung der beim Vergabungsgeschäft erfolgten Stellsenzusammenlegung und Teilung gab es Ende 1896 3071. Die Größe derselben hält sich bei

483 Stellen zwischen	0 und 5 ha	411 Stellen zwischen	20 und 25 ha
494 " "	5 " 10 "	451 " "	25 " 50 "
572 " "	10 " 15 "	85 " "	50 " 120 "
562 " "	15 " 20 "	13 " "	über 120 ha.

Die Gesamtfläche dieser Stellen beträgt 54 193 ha im Werte von 35 875 176 M. Davon waren bis Ende 1896 2040 Stellen in der Größe von 35 330 ha und einem Werte von 22 291 426 M. an Ansiedler begeben. Die Größe dieser Stellen hielt sich

in 297 Fällen zwischen	0 bis 5 ha	in 209 Fällen zwischen	20 bis 25 ha
" 436 " "	5 " 10 "	" 252 " "	25 " 50 "
" 431 " "	10 " 15 "	" 65 " "	50 " 120 "
" 338 " "	15 " 20 "	" 12 " "	über 120 ha.

Davon waren zu Pacht oder als Rentengüter 1975 Stellen vergeben. Die Größe hielt sich

in 252 Fällen zwischen	0 bis 5 ha	in 207 Fällen zwischen	20 bis 25 ha
" 431 " "	5 " 10 "	" 244 " "	25 " 50 "
" 429 " "	10 " 15 "	" 64 " "	50 " 120 "
" 336 " "	15 " 20 "	" 12 " "	über 120 ha.

Zu freiem Eigentum verkauft waren 65 Stellen, welche sich

in 45 Fällen in der Größe zwischen	0 bis 5 ha
" 5 " " " "	" 5 " 10 "
" 2 " " " "	" 10 " 15 "
" 2 " " " "	" 15 " 20 "
" 2 " " " "	" 20 " 25 "
" 8 " " " "	" 25 " 50 "
" 1 Falle " " "	" 50 " 120 " hielten.

Die Gesamtgrößen der Pacht und Rentenstellen betrug 34 689 ha im Werte von 22 129 661 M., die der zu freiem Eigentum verkauften Stellen 640 ha im Werte von 161 764 M.

Wird nun in Rechnung gezogen, daß die Landdotationen für öffentliche Zwecke reichlich 5 Proz. des Stellenareals ausmachen, so ist das vergebene Land ausschließlich des verkauften auf rund 36 420 ha zu schätzen. Das sind etwa 39,7 Proz. des Gesamtareals von 92 724 ha. Die übrigen 60,3 Proz. des bisherigen Erwerbes stehen noch zur Besiedelung zur Verfügung.

Am Schlusse des Betriebsjahres 1896 blieben 1031 Stellen unbegeben und zwar

186 in der Größe zwischen	0 bis	5 ha,	202 in der Größe zwischen	20 bis	25 ha
58 " " "	"	5 " 10 "	199 " " "	"	25 " 50 "
141 " " "	"	10 " 15 "	20 " " "	"	50 " 120 "
224 " " "	"	10 " 15 "	1 " " "	"	über 120 ha.

Von den 1975 Ansiedlern, also ausschließlich derjenigen, welche die Güter in freiem Kaufe erworben haben, waren 131 katholischer und 1844 evangelischer Konfession. Die Heimatsprovinz war

bei 16 Ostpreußen,	bei 11 Hannover,
" 372 Westpreußen,	" 242 Westfalen,
" 238 Brandenburg,	" 23 Hessen-Nassau,
" 151 Pommern,	" 51 Rheinprovinz,
" 436 Posen,	" 56 Württemberg,
" 144 Schlesien,	" 2 Bayern,
" 58 Sachsen,	" 8 Baden.
" 7 Schleswig-Holstein,	

81 Ansiedler waren russische Rückwanderer und 79 gehörten anderen nicht oben aufgeführten deutschen Ländern an. Die Gesamtansiedlerbevölkerung wird auf 10 000 Personen geschätzt. Sie wohnen zu 97 Proz. in geschlossenen Massen angesetzt, so daß sie in der Lage sind, ein ihren Gewohnheiten entsprechendes kommunales Leben zu entwickeln. Bis auf sehr wenige Ausnahmen ist bürgerliche Lebenshaltung die Regel.

Der Verkehr mit Ansiedlungslustigen hat sich während des Berichtsjahres bei dem Zentralbüro zu Posen auf der Höhe der Vorjahre gehalten. Auf den Ansiedlungen selbst scheint der Verkehr von Ansiedlungslustigen stärker gewesen zu sein, als in den Vorjahren.

Dazu mag beigetragen haben:

1) die größere Aufmerksamkeit, die die öffentliche Presse seit jüngster Zeit den Ansiedlungen schenkt, zumal dadurch, daß sie ihre Berichterstattung die Ansiedlungen bereisen läßt;

2) die Beziehungen, die einzelne Gutsverwalter der Ansiedlungskommission mit den Kreisen, aus denen sie zumeist das Ansiedlermaterial beziehen, dadurch angeknüpft haben, daß sie diese Gegenden persönlich besucht und dort nach vorhergegangener Anmeldung bei den Behörden Verträge über die Ansiedlung gehalten haben;

3) die Anknüpfung von Beziehungen zu der bürgerlichen Bevölkerung des Westens durch die diesseitige Bestellung von Vertrauensmännern im Einverständnis mit den Kreislandräten. Dabei war namentlich der Wunsch maßgebend, die Kenntnis des östlichen Ansiedlungswesens auch

in gewisse Gegenden mit gesunden bauerlichen (nicht industriellen) Verhältnissen, wie Hannover und Schleswig-Holstein, zu tragen, wo sie bisher gänzlich fehlte. Es ist nämlich eine charakteristische Erscheinung, daß, mangels irgend einer reklameartigen Thätigkeit der Ansiedelungskommission, bisher nur wenige kleine Bezirke an der Gestaltung der aus dem Westen kommenden Ansiedler beteiligt waren. So die niederrheinischen Kreise Kleve und Rees, die westfälischen Kreise Warburg, Höxter, sowie Minden, Herford, Bielefeld nebst dem angrenzenden Fürstentum Lippe-Deilmold und einige andere. Mehr oder minder zufällig sind offenbar die ersten Verbindungen mit diesen Bezirken entstanden. Dann haben günstige Berichte der Vorangegangenen Verwandte und Bekannte nachgezogen und daraus hat sich schließlich ein einigermaßen ständiger Zuzug entwickelt. Dagegen sind weite andere Gebiete Westdeutschlands von dieser Bewegung noch völlig unberührt.

Es ist zu hoffen, daß die Bemühungen, auch hier mehr Anschluss zu gewinnen, sich bereits im nächsten Jahre in einer Steigerung der Zahl der Stellenvergebungen bemerkbar machen werden. Immerhin steht einem Erfolge nach dieser Richtung das in der That auffallend starke Mißtrauen der westfälischen bauerlichen Bevölkerung gegen die Existenzbedingungen in den Ländern des Ostens, sowie auch der Umstand entgegen, daß nach der Praxis der Ansiedelungskommission die Voraussetzung für ein gedeihliches Fortkommen des Ansiedlers ein immerhin nicht unerhebliches Vermögen ist, das sorgfältig gehütet und ungern in nicht ganz sicher erscheinender Anlage aufs Spiel gesetzt wird.

In dieser Hinsicht von der seitherigen Praxis abzulassen, womit sich selbstverständlich der Kreis der Ansiedler erheblich erweitern würde, kann nach den anfänglich gemachten Erfahrungen und den Beobachtungen, zu denen neuerdings Privatparzellierungen Anlaß bieten, nicht in Frage kommen; es sei denn, daß man sich von vornherein auf erhebliche fiskalische Opfer gefaßt machen wollte. Es ist daher auch an eine ausgiebige Verwendung wenig bemittelter ländlicher Tagelöhner aus dem westlichen Deutschland als Ansiedler nicht zu denken. Diese kleinen Vermögen reichen nicht hin, um die Gefahren des selbständigen Betriebes einer bauerlichen Nahrung zu bestehen, und die kleine Arbeitsstelle, wie sie das Gesetz vom 26. April 1886 vorsieht, ist nicht verführerisch genug, um zur Auswanderung nach den Ansiedlungsprovinzen Veranlassung zu geben. Der westdeutsche Tagelöhner zieht eben nicht nach dem Osten, um hier auf einer Tagelöhnerstelle mit ländlicher Tagelohnarbeit sein Leben zu fristen, sondern er thut es nur dann, wenn er ein Grundstück erwerben kann, von dem er, ohne Arbeitsverdienst aufsuchen zu müssen, leben kann. Das ist aber nur möglich, wenn ein Kapitalvermögen von 2000—3000 M. vorhanden ist.

Die wirtschaftliche Lage der Ansiedler zeigt gegen die Vorjahre eine wesentliche Besserung. Dies günstigere Ergebnis ist hauptsächlich der besseren Ernte des Jahres 1896 zu danken, wie denn überhaupt der Ernteausschlag die Zahlungsfähigkeit der Ansiedler auffallend stark beeinflusst. Es gilt dies namentlich von denjenigen Ansiedlern, die sich in den ersten Jahren der Rentezahlung befanden. Trotz des geforderten Vermögensnachweises bei der Uebnahme und der fiskalischen Ergänzungsdarlehen

nimmt offenbar ein großer Teil der Ansiedler für die erstmalige Einrichtung seiner Stelle noch in ziemlich erheblichem Maße den privaten Personalkredit, insbesondere das gefährliche Abzahlungsgeschäft bei Maschinen und dergl. in Anspruch. Bis diese Schulden dann abgezahlt sind und neben der Rente und dem Unterhalt der Familie bare Ersparnisse aus der Stelle herauszuwirtschaften sind, befindet sich der Ansiedler in einer Art von Krisis, die sich mit typischer Regelmäßigkeit bei den meisten Kolonien wiederholt und in Bezug auf die Gewährung von Stundungen und sonstigen Hilfen mit Wohlwollen behandelt sein will. Längere Beobachtung und eingehende Erkundigungen lassen annehmen, daß im allgemeinen auch in dieser Periode eine erhebliche Sparthätigkeit stattfindet, die allerdings nicht sowohl in der Ansammlung barer Mittel, als vielmehr in der Abstoßung lästiger Schulden zu bestehen pflegt.

In einigen älteren Ansiedlungen, wo diese Krisis glücklich überwunden ist, scheinen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in erfreulicher Weise zu befestigen. Unter anderem wurde im Berichtsjahre beobachtet, daß eine Ansiedlung, der vor wenigen Jahren die benachbarten Grundbesitzer die schlechteste Prognose stellten, sich jetzt in nicht unerheblichem Maße durch Aktienwerb an einer Aktienzuckerfabrik hat beteiligen können und allgemein als in guter Wohlstandsentwicklung befindlich bezeichnet wird.

In anderen Ansiedlungen macht sich die Besserung der Lage auch wohl dadurch bemerklich, daß ein Teil der Ansiedler, nachdem sie über die daraus entstandenen Schwierigkeiten glücklich hinaus sind, offen das Geständnis machen, daß sie das bei der Niederlassung von ihnen angegebene und eingezahlte Vermögen zum Teil gar nicht als ihr eigenes besessen, sondern nur von Verwandten entlichen haben, denen sie schon in den Freijahren erhebliche Rückzahlungen haben machen können. Daß Ansiedler sich nicht behaupten können und die besetzte Stelle wieder aufgeben müssen, kommt nur vereinzelt vor. Die Zahl der verfehlten Besiedlungen hat sich im Berichtsjahr um 3 vermehrt. Von Haus aus unzulängliche Mittel, Untüchtigkeit im Beruf, unordentlicher Lebenswandel sind in der Regel die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs, der schließlich zum gänzlichen Vermögensverfall führt.

Die Organisation der Ansiedler zu Genossenschaften und Verbänden hat in dem Berichtsjahre weitere Fortschritte gemacht. Raiffeisen'sche Spar- und Darlehenskassenvereine sind in größerer Anzahl neu begründet worden, wobei die Ansiedler durch Beihilfen zur Anschaffung der Geschäftsbücher und Geldschränke aus dem Dispositionsfond des Präsidenten der Ansiedelungskommission unterstützt worden sind.

Drainagegenossenschaften zur Unterhaltung der von der fiskalischen Verwaltung ausgeführten Drainagen sind in 8 Ortschaften teils schon begründet, teils noch in der Begründung begriffen.

Erfreuliche Fortschritte zeigt auch das Molkereigenossenschaftswesen. Einzelne Ansiedlungen haben sich schon bestehenden Genossenschaften angeschlossen, andere haben solche neu begründet.

Wir haben hier im wesentlichen einen Ueberblick darüber gegeben, in welchem Umfange bis jetzt die Besiedlung durchgeführt ist, und wie

sich die wirtschaftliche Lage der Ansiedler gestaltet hat; im nachfolgenden soll nun auf die Thätigkeit der Ansiedelungskommission, welche sie im besonderen auf dem angekauften Areal entwickelt hat, eingegangen werden.

In der zwischenzeitlichen Verwaltung durch die Ansiedelungskommission befanden sich im Wirtschaftsjahr 1895/96 94 Güter mit einem Areal von 80 942 ha gegen 90 Verwaltungen des Vorjahres mit einem Flächeninhalt von 75 531 ha. Mitenthalten sind in diesen Ländereien viele Grundstücke, welche bereits von Ansiedlern benutzt werden.

Von genannten 94 Gütern waren 23 mit einem Gesamtareal von 19 377 ha erst in den letzten 2 Jahren erworben und befanden sich noch im großwirtschaftlichen Betriebe. Dieselben erhielten aus der Regierungshauptkasse einen Zuschuss von 820 974,89 M. und lieferten an dieselbe 563 849,86 M. ab, so daß ein tatsächlicher Aufwand von 257 125,03 M. oder auf den Hektar 13,27 M. aus dem Ansiedlungsfonds notwendig war. Ueberschüsse wurden nur in einzelnen Fällen erzielt. Die Aufwendungen sind hauptsächlich für Inventarvermehrung gemacht worden. Dieselben erklären sich aus dem heruntergewirtschafteten Zustande, in dem die meisten Güter übernommen werden.

Außerdem befanden sich noch fernere 15 Güter mit einem Gesamtareal von 12 865 ha im großwirtschaftlichen Betriebe. Dieselben sind jedoch schon länger als 2 Jahre in fiskalischer Verwaltung und weisen daher auch hinsichtlich ihrer Rentabilität ein günstigeres Resultat als jene ersteren auf. Von der Regierungshauptkasse erhielten sie einen Zuschuss von 399 049,94 M. Sie lieferten an dieselbe 415 689,27 M. ab, so daß sich ein Ueberschuss von 16 639,33 M. ergab. Solche Ueberschüsse wurden auf 9 Gütern erzielt, während sich bei 6 Gütern noch ein Minus ergab.

Von jenen oben genannten 94 Gütern waren ferner 40 mit einem Gesamtareal von 36 922 ha in der Besiedelung begriffen.

Diese erhielten aus der Regierungshauptkasse 1 041 725,63 M. und lieferten 885 023,30 M. ab, so daß sie einen Gesamtzuschuss von 156 692,93 M. beanspruchten.

Auf 16 Gütern wurde die Besiedelung durchgeführt und der großwirtschaftliche Betrieb aufgelöst. Sie standen jedoch noch unter fiskalischer Verwaltung weil entweder die Gemeindebildung auf Schwierigkeiten gestossen oder aus anderen Gründen die Auflösung der Gutskasse noch hinausgeschoben ist. Es erhielten diese Güter aus der Regierungshauptkasse 17 303,82 M. und lieferten 4 636,83 M. ab, so daß sich ein Zuschuss von 12 666,99 M. ergibt. Derselbe wurde fast nur durch Aufwendungen öffentlich-rechtlicher Natur, wie Kreis- und Gemeindeabgaben, Bauaufwendungen für Armenhäuser und dergl., bedingt.

Insgesamt sind für zwischenzeitliche Verwaltung der Güter seit Erlaß des Gesetzes 5 930 332,25 M. aufgewendet worden, welcher Summe Abschreibungen gegenüberstehen von 1 297 094,19 M., so daß sich ein Nettoaufwand von 4 633 238,06 M. ergibt.

Auch die Meliorationen sind auf den Ansiedlungsgütern weiter gefördert worden. Unter endgiltiger Feststellung der Kosten sind auf 81 Besitzungen zur Gesamtfläche von 45 284 ha Drainagen im Umfange von 17 402 ha

abgenommen worden. Das beträgt rund 38 Proz. des beteiligten Areals. Der Kostenaufwand für diese Drainagen beläuft sich auf 3 026 029 M., also hat 1 ha Drainage rund 174 M. gekostet. Ausgeführt, aber noch nicht abgerechnet sind auf 30 Gütern zur Gesamtfläche von 20 143 ha Drainagen im Umfange von 7 574 ha, d. i. rund 38 Proz. des Areals, zum Kostenanschlage von 1 240 000 M. In der Ausführung begriffen sind auf 6 Besitzungen zur Gesamtfläche von 5653 ha Drainagen im Umfange von 1205 ha, d. i. 21 Proz. des Areals, zum Kostenanschlage von 188 200 M. Vorarbeiten sind auf 3 Gütern zur Gesamtfläche von 1436 ha eingeleitet. Auf diesen werden voraussichtlich 1000 ha oder 70 Proz. mit einem Aufwand von 175 000 M. zu drainieren sein. Also beträgt der Gesamtumfang der ausgeführten und eingeleiteten Drainagen auf 120 Besitzungen zu 72 516 ha Gesamtfläche 27 181 ha Anlagen zum voraussichtlichen Kostenbetrage von 4 629 522 M. Das Arbeitspensum des Jahres 1896 betrug 1650 ha gegen 2400 ha des Vorjahres.

Die günstigen Erträge, welche in den Vorjahren auf den bisher ausgeführten Wiesen- und Moorkulturen erzielt sind, haben auch im Berichtsjahre durchweg angehalten. Bisher

waren im ganzen fertig Anlagen im Umfange von	1090 ha
in der Ausführung begriffen sind weiter	420 „
Vorarbeiten sind ausgeführt für die Anlagen von	200 „

Auch der Bau von öffentlichen Wegen wird von der Kommission sowohl, wie von den Ansiedlern gefördert.

Ueber die Einrichtung von Viehdepots zwecks Hebung der Rindviehzucht auf den Ansiedelungsgütern hatten wir schon im Vorjahre berichtet. Im Berichte für 1896 heisst es über dieselben, dass die Anträge der Ansiedler auf Ueberlassung von Nutzvieh aus demselben ausserordentlich zahlreich eingehen, so dass sie bei weitem nicht alle berücksichtigt werden können und auf diejenigen Fälle beschränkt werden müssen, bei denen es sich um Unterstützung vorübergehend bedürftiger Ansiedler durch Verkauf von Vieh auf Abschlagszahlungen handelt. Bisher sind im ganzen 472 Kühe und Färsen für einen Gesamtpreis von 95 263,50 M. an Ansiedler verkauft worden, wovon 100 Stück im Werte von 20 836,70 M. auf das Berichtsjahr fallen. Gezahlt sind auf die Kaufpreise im ganzen 71 474,25 M.

Auch ist für die Anpflanzung von Obstbäumen auf den Ansiedelungsgütern weiter Sorge getragen worden. Bei den von Rentenansiedlern bestellten Bäumen übernimmt der Fiskus $\frac{3}{4}$ der Anschaffungskosten, während die Kosten der für die Pachtstellen oder die Dotationsländereien bestimmten Bäumen ganz aus fiskalischen Fonds bestritten werden.

Im Höchstfalle werden 40 Bäume für eine Stelle in zwei Jahreslieferungen gegeben.

Im Jahre 1896 wurden 6031 Bäume bestellt, von denen jedoch infolge Rücktritts einer mit der Lieferung von rund 2000 Bäumen betrauten Firma nur 4089 Bäume zum Durchschnittspreise von 1,16 M. geliefert worden sind.

Eine umfangreiche Untersuchung des Eigenaufbaues der Ansiedler ist der Denkschrift für 1896 beigelegt. Auf die Einzelheiten derselben

hier einzugehen, würde zu weit führen. Es sei nur erwähnt, daß in den ersten Jahren der Thätigkeit der Ansiedelungskommission dieselbe von dem Gesichtspunkte ausging, daß die für die Ansiedler bestimmten privatwirtschaftlichen Gebäude vor der Begebung vom Fiskus hergestellt werden müßten. Mit diesen Bauausführungen hatte die Kommission jedoch kein Glück. Vielfach sagten dieselben den Ansiedlern nicht zu. Daher wurde in den Jahren 1893—1895 die Thätigkeit der Kommission nach dieser Richtung hin eingeschränkt. Im Jahre 1896 hat man jedoch wieder mit dem Aufbau von Ansiedelungsgehöften in umfangreichem Maßstabe begonnen. Es ist dies geschehen, weil man glaubt, jetzt infolge sorgfältiger Beobachtung der Ansiedler bei den von ihnen im Eigenbau aufgeführten Höfen die früher gemachten Fehler vermeiden zu können.

Was nun schließlich den Ansiedelungsfonds anbetrifft, so haben die Gesamtausgaben

bis zum 1. April 1896 betragen	80 892 522,30 M.
Dem steht eine Einnahme gegenüber von	10 970 732,95 „
Mithin betragen die thatsächlichen Ausgaben	69 921 789,35 M.

Es bleibt demnach noch eine Summe von 30 078 210,65 M. zur Fortsetzung der Besiedelung übrig.

Zum Schluss sei nun noch der Einführung des Anerbenrechts auf den Ansiedelungsstellen gedacht. Mit dem 1. Oktober 1896 ist das Gesetz vom 8. Juni 1896 über das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern in Kraft getreten, dessen Bestimmungen auch die auf Grund des Gesetzes vom 26. April 1886 zu Eigentum vergebenen Stellen unterworfen sind. Gemüß § 2 des Gesetzes sind sämtliche Eigentümer von Ansiedelungsstellen darüber gehört worden, ob sie mit der Eintragung der Anerbengutseigenschaft in das Grundbuch einverstanden seien. Nur einige Widersprüche haben sich dagegen erhoben, die Mehrzahl hat sich damit einverstanden erklärt. Die Verweigerungen der Eintragung beschränken sich nun nicht auf die beiden im Gesetz allein zugelassenen Gründe, nämlich die mangelnde wirtschaftliche Selbständigkeit oder das Vorwiegen gemeinwirtschaftlicher Interessen gegen die Aufrechterhaltung dieser Selbständigkeit, sondern sie richten sich zum Teil auch gegen die Tendenz des Gesetzes, und kommen in der Behauptung zum Ausdruck, daß durch die Verfügungsbeschränkungen des Gesetzes die Möglichkeit der Weiterveräußerung beeinträchtigt und dadurch der Kaufwert der Stellen herabgedrückt werde. Daß dies Widerstreben weniger auf Verständnis des Inhaltes des Gesetzes als auf einem allgemeinen Mißbehagen gegenüber einem angeblich geübten gesetzlichen Zwange beruht, ergibt sich schon daraus, daß der von den betreffenden Ansiedlern in freier Vereinbarung unterzeichnete Rentengutsvertrag bereits dieselben und viel weitergehende Beschränkungen der Veräußerungsfreiheit enthält als die des Gesetzes.

Soweit Widersprüche nicht erhoben sind, ist die Eintragung der Anerbengutseigenschaft im Grundbuch bereits herbeigeführt. Hiermit wird nach Erledigung der Einsprüche weiter fortgefahren werden.